

# Staatliche Unterstützungen: Die Uni erhält am meisten

Würden keine Staatsbeiträge ausgerichtet, würde es viele Angebote in Liechtenstein nicht mehr geben. Trotzdem sorgen die Summen und die Notwendigkeit immer wieder für Diskussionen, wie aktuell der Erhöhungsantrag für Radio Liechtenstein.

Öffentlich-rechtliche Institutionen stehen immer wieder einmal in der Kritik. Und dazu gehören nicht nur die «Grossen» wie die LKW, Liechtenstein Wärme oder die Telecom, sondern auch jene, welche ohne staatliche Unterstützung nicht überlebensfähig wären. Die jährliche Unterstützung erfolgt entweder aufgrund eines Spezialgesetzes oder aufgrund einer entsprechenden Leistungsvereinbarung.

Durch die staatliche Finanzierung stehen diese Institutionen auch unter öffentlicher Beobachtung. Wird ein höherer Staatsbeitrag beantragt, flammen die Diskussionen über die Notwendigkeit praktisch immer auf. Aktuellstes Beispiel ist Radio Liechtenstein. Die Regierung schlägt dem Landtag vor, den jährlichen Beitrag von heute 2,7 auf 4,4 Millionen Franken zu erhöhen. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre lag der jährliche Beitrag an den staatlichen Radiosender bei gut zwei Millionen Franken oder 52 Franken pro Einwohner und Jahr. Mit der beantragten Erhöhung

würde der LRF – wie die Institution offiziell heisst – vom neunten auf den fünften Platz in der Staatsbeitragsrangliste aufsteigen. Zwölf Institutionen haben über die letzten zehn Jahre jährlich einen durchschnittlichen Beitrag von mehr als einer Million Franken erhalten. Darunter ist auch das Theater am Kirchplatz. Das Theater ist als private Genossenschaft organisiert. Ohne die jährlichen Staatsgelder und die Unterstützung der Gemeinde Schaan würde aber schon morgen in der Kulturinstitution der letzte Vorhang fallen.

## Für die Universität gibt der Staat am meisten aus

Mit der Kulturstiftung und der Stiftung Erwachsenenbildung sind auch zwei Bezüger unter den Top zwölf, welche die Gelder anschliessend wieder weiterverteilen. Mit dem Staatsbeitrag an die Kulturstiftung wird zusammen mit dem Anteil aus dem schweizerischen Lotteriefonds das Kulturschaffen in Liechtenstein unterstützt. Die Stiftung Erwachsenenbildung

## Zwölf Institutionen erhalten vom Staat jährlich mehr als eine Million Franken

Elf öffentlich-rechtliche Institutionen und das Theater am Kirchplatz haben in den letzten zehn Jahren einen jährlichen Staatsbeitrag von über einer Million Franken erhalten. Für diese Institutionen gibt der Staat im Durchschnitt rund 1600 Franken pro Einwohner aus.

Institution	Durchschnittlicher jährlicher Staatsbeitrag pro Jahr (2013-2022) in CHF	Durchschnittlicher jährlicher Beitrag pro Einwohner pro Jahr in CHF
Universität Liechtenstein	15 103 161	394
Verkehrsbetrieb Liechtensteinmobil	14 186 292	358
Liechtensteinisches Landesspital	9 834 138	248
Liechtensteinische Musikschule	5 992 054	151
Kunstmuseum Liechtenstein	3 672 200	93
Liechtensteinisches Landesmuseum	2 730 542	69
Liechtenstein Marketing	2 471 521	62
Theater am Kirchplatz	2 127 500	54
Radio Liechtenstein (LRF)	2 055 200	52
Liechtensteinische Landesbibliothek	1 721 437	43
Kulturstiftung Liechtenstein	1 408 047	35
Stiftung Erwachsenenbildung	1 372 711	35

Quelle: Rechenschaftsberichte; Grafik: sap

gibt die staatlichen Gelder an diverse Bildungseinrichtungen weiter. Mit der Errichtung dieser beiden Institutionen verfolgt der Staat das Ziel, diese Vergabe vor politischem Einfluss zu schützen. Der grösste Bezüger an jährlichen Staats-

geldern ist die Universität Liechtenstein. In den letzten zehn Jahren wurden durchschnittlich über 15 Millionen Franken pro Jahr in die Bildungseinrichtung investiert. Auch hier sorgte der jüngste Erhöhungsantrag im Landtag für heftige Diskussio-

nen – dies aber nicht primär aufgrund des Geldes, sondern aufgrund organisatorischer Nebengeräusche.

Weitgehend unbestritten ist die Förderung des Verkehrsbetriebs Liechtensteinmobil, der den Auftrag hat, den öffentli-

chen Verkehr in Liechtenstein zu organisieren. Dafür gibt der Staat jährlich gut 14 Millionen Franken aus. Hier kam auch die Stiftung Zukunft.li in ihrer Studie «Weniger Staat – mehr privat» im Juni 2021 zum Schluss, dass sich der gewünschte Leistungsumfang im öffentlichen Verkehr mit den heutigen Tarifen nicht selbsttragend erbringen lasse und es deshalb gerechtfertigt sei, dass ein Grossteil der Kosten durch Staatsbeiträge gedeckt werde.

Die Diskussionen über Staatsbeiträge werden aber grundsätzlich nie enden. Es geht immer um die Frage, was sich der Staat leisten soll oder muss und welchen Mehrwert es für die Bevölkerung bringt. Das Fürstenhaus wünscht sich hier von der Politik mehr Mut, gerade was die Organisationsform betrifft. Erbprinz Alois sagte dazu in einem «Vaterland»-Interview im Februar 2022: «Es sollen all jene Staatsbetriebe privatisiert werden, bei denen die Leistungserbringung genauso gut durch eine private Trägerschaft möglich ist.» (sap)